

**1. Budget- und Finanzinformationen****Verwaltungshaushalt**

	Ansatz 2006	Anordnungs- Soll zum 31.08.06	Prognose zum 31.12.06	Abweichung	Abweichung in %
<b>Einnahmen</b>	<b>2.678.800 €</b>	<b>1.929.295 €</b>	<b>2.904.195 €</b>	<b>225.395 €</b>	<b>8,4%</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>16.505.100 €</b>	<b>11.937.716 €</b>	<b>16.630.798 €</b>	<b>125.698 €</b>	<b>0,8%</b>
davon					
Personalausgaben	2.892.000 €	1.833.060 €	2.910.408 €	18.408 €	0,6%
Betriebsausgaben	740.100 €	508.661 €	929.841 €	189.741 €	25,6%
Zuschüsse und Zuweisungen	12.873.000 €	9.595.995 €	12.790.549 €	-82.451 €	-0,6%
Sonstige Ausgaben	0 €	0 €	0 €	0 €	
<b>Saldo</b>	<b>-13.826.300 €</b>	<b>-10.008.421 €</b>	<b>-13.726.603 €</b>	<b>99.697 €</b>	<b>-0,7%</b>

**Vermögenshaushalt**

	Ansatz 2006	Anordnungs- Soll zum 31.08.06	Prognose zum 31.12.06	Abweichung	Abweichung in %
Einnahmen	0 €	0 €	0 €	0 €	
Ausgaben	101.300 €	19.309 €	42.032 €	-59.268 €	-58,5%
<b>Saldo</b>	<b>-101.300 €</b>	<b>-19.309 €</b>	<b>-42.032 €</b>	<b>59.268 €</b>	<b>-58,5%</b>

**2. Strategien zur Ausgabenreduzierung**

<b>Einsparbetrag bei HHST</b>	<b>zum Stichtag 30.09.05</b>	<b>Prognose zum 31.12.05</b>

**3. Erläuterungen****EINNAHMEN:**

Bei der HHSt. 45500.16200 sind aus dem Vorjahr ca. 150.500 € eingegangen. Darüber hinaus konnte aus einer Opferentschädigung in einem Einzelfall eine Einnahme von 118.583,19 € erzielt werden. Diese bedeutet, dass bereinigt für das erste Halbjahr 249.000 € eingegangen sind, ich rechne für das 2. Halbjahr mit einer ebensolchen Einnahme, zusammen mit dem bisherigen Gesamt-Ist mit 767.000 €.

Durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) sind die übergeleiteten Unterhaltsansprüche abgeschafft und durch den öffentlich-rechtlichen Kostenbeitrag ersetzt worden. Bei den Haushaltsstellen 45500.24300, 45500.25300, 45600.24300, 45600.25300 und 45610.25300 sind deshalb keine weiteren Einnahmen zu erwarten.

Der Einnahmerückgang im Abschnitt 456 (junge Volljährige) liegt im Rückgang der Fallzahlen begründet (lt. Haushaltsplanung durchschnittlich 9 Fälle pro Jahr, tatsächlich bisher durchschnittlich 5,5 Fälle in diesem Jahr).

Im Unterhaltsvorschuss erwarte ich nur Zahlungen von 1.258.000 € (statt eingeplant 1.350.000 €). Da das Land Niedersachsen 80 % der Kosten erstattet, fallen auch die Einnahmen entsprechend niedriger aus.

Die gegenüber dem 1. Bericht deutlich günstiger ausfallende Prognose für die Einnahmen (+270.000 €) liegt ausschließlich an den Kostenerstattungen für das Jahr 2005 und der Einzelzahlung für die Opferentschädigung (siehe oben, HHSt. 45500.16200).

#### **AUSGABEN:**

Die Differenz zum Haushaltsansatz bei den **Betriebsausgaben** ist auf eine außerplanmäßige Ausgabe in einem Einzelfall in Höhe von 171.989,29 € zurückzuführen (Erstattungen; HHSt. 45610.67200). Bei einem mehrfach behinderten Jugendlichen wurde in diesem Jahr festgestellt, dass die seelische Behinderung (Autismus) ursächlich für die stationäre Unterbringung war. Dem hiesigen Sozialamt, das für das Landessozialamt in Vorleistung getreten war, sind die Heimkosten für 4 Jahre zu erstatten. Hinzu kommen ca. 7.000 € Mehraufwand für ein Upgrade für das EDV-Programm zur Bearbeitung von Elterngeld (Installation, Schulung, Pflege), da noch in diesem Jahr installiert werden muss.

Die **Personalausgaben** steigen voraussichtlich von geplanten 2.892.000 € auf 2.910.408 € (+ 18.408 €). Gründe sind 2 zusätzliche Stellen im Bereich Beistandschaft, die aufgrund einer Organisationsuntersuchung seit 1.8. bzw. 1.9. zusätzlich geschaffen wurden und 2 zusätzliche Teilzeitstellen zur Sprachförderung in KiTas, die aufgrund eines Landesprogramms zusätzlich geschaffen wurden. Die Kosten für die beiden letztgenannten Stellen erstattet das Land Niedersachsen. Die Kostensteigerung fällt geringer aus, weil eine für die Unterhaltsvorschusskasse seit Jahresbeginn vorgesehene Stelle erst zum 1.7.2006 besetzt wurde.

**Zuweisungen und Zuschüsse: Vollzeitpflege** (45500.76000): Der Ansatz von 907.600 € ging von durchschnittlich 99 Fällen aus, die tatsächliche Zahl liegt in diesem Jahr bei 109 Fällen. Die Kostensteigerung liegt bei 120.000, wobei ca. 108.000 € auf die gestiegene Fallzahl, der Rest u. a. auf die Erhöhung des Pflegegeldes für sozialpäd. Pflegestellen, Ferienbeihilfen, Altersstufenwechsel usw. zurück zu führen ist.

Bei der **Heimerziehung nach § 34** (45500.77000) ist seit dem Jahresbeginn (40 Fälle) eine Fallzahlsteigerung zu beobachten auf zur Zeit 51 Fälle (Budgetplan 44 Fälle). Wenn es bei dieser Steigerung bleibt, rechne ich mit Mehrkosten von 118.800 €.

Die **intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung in eigener Wohnung** soll zur Vermeidung weiterer Heimerziehungen dienen bzw. zur Rückführung/Verselbständigung bei Heimunterbringung dienen und umfasst derzeit 4 Fälle (neue Haushaltsstelle). Bei Ansatz war unklar, wie stark diese Hilfe genutzt werden kann, die Mehrkosten betragen 91.842 €.

Bei den **Inobhutnahmen** wurde mit durchschnittlich 8 Fällen/Jahr geplant, die tatsächliche Fallzahl liegt jetzt bei 14,5, sodass Mehrkosten von 130.900 € entstehen. Die Gründe für die Fallzunahme liegen insbesondere in der Zunahme von Gewalt und Missbrauch in Familien. Mehrfach mussten gleich mehrere Kinder bzw. Jugendliche aus einer Familie untergebracht werden.

Die **Eingliederungshilfe (§ 35 a)** bietet kein einheitliches Bild - nachfolgend Hilfeart und in Klammern geplante Fallzahl/durchschnittliche Fallzahl 2006/Mehr[+] bzw. Minderaufwand[-]: Teilleistungsstörungen gehen weiter zurück (40/25,5/-21.519 €), die sonstigen Eingliederungshilfen ambulant (überwiegend Autismus) steigen weiter an (16/17,3/+66.266 €), die Heimerziehung mdj. steigt weiter (25/29,63/+ 244.984 €, die Heimerziehung Volljährige sinkt (16/7,25/- 191.652 €), die teilstationären Hilfen steigen erheblich (10/19,88/+154.979 €). Insgesamt verteuert sich die Eingliederungshilfe um 252.163 €.

Die **Kita-Gebührenübernahme** steigt durch mehr ALG II-Empfänger, die Anspruch haben und durch verstärkte Vermittlung Alleinerziehender durch die ARGE, die entsprechende Kinderbetreuung erfordert.

**Durch die Minderausgaben bei den KiTa-Personalkostenzuschüssen (-465.000 €) und höhere Einnahmen (+ 225.395 €) gelingt es, mit den zur Verfügung gestellten Mitteln auszukommen. Ohne diese Faktoren würde der Zuschussbedarf gegenüber der Planung deutlich ansteigen.**

Die Minderausgaben im **Vermögenshaushalt** ergeben sich durch die Ablehnung eines Antrags auf Investitionskostenzuschuss für die Schaffung neuer Kindertagesstättenplätze.

**Die sozioökonomische Entwicklung der Gesellschaft (zunehmende Verarmung der Bevölkerung und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit) bewirkt höhere Ausgaben und niedrigere Einnahmen im Sozialbereich.**

**Hinzu kommt, dass die geburtenschwächeren Jahrgänge sich auf die Jugendhilfe noch nicht auswirken, da die Anzahl der 12 - 18 jährigen noch ansteigt. Diese Kinder und Jugendlichen sind das Hauptklientel der Jugendhilfe.**

Datum                      Unterschrift Budgetverantwortliche/r

\_\_\_\_\_  
gez. Guskowski